

Öffentliche Niederschrift der 21. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.09.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion

bis TOP 13 öffentlich

Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion

Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Heinrich Plum

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Peter - FBA-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Ingo Boehm

Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Dirk Schaffrath

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Frau Stv. Janine Ivančić - GRÜNE-Fraktion

Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion

Verwaltung

Name

Bemerkung

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen - Dezernat I

Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II

Herr Michael Hafers - R 1 - Referat Finanzen

Frau Verena Beylich - A 14 - Rechnungsprüfungsamt

Herr Dezernent Tim Krämer - Dezernat III

Frau Yvonne Filipenoks - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Frau Simone Born - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Schriftführung

Name

Bemerkung

Frau Christina Esser - A 12 - Amt für Rat und Verfassung

Abwesend

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Ingo Boehm - FBA-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion

entschuldigt

Beratende Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Norbert Dovern - Fraktionslos

entschuldigt

Gäste

Name

Bemerkung

Herr Steffen, Stadtwerke Alsdorf GmbH (SWA)

Zu TOP 13 öffentlich

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
3	Bericht der Verwaltung	2024/0235/A12
4	Budgetbericht - Umsetzungsstand Haushalt 2024 Stand 30.06.2024	2024/0268/R1
5	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2024	2024/0267/A20
6	15. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008	2024/0223/A12
7	Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hier: Petition für mehr Verkehrsberuhigung in der Theodor-Seipp-Straße und der Aufstellung von Verkehrsspiegeln an der Ausfahrt der Toni-Baumanns-Straße in die Theodor-Seipp-Straße und an der Einfahrt von der Theodor-Seipp-Straße in die Elisabeth-Selbert-Straße	2024/0245/A32
8	Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW); hier: Verkehrssituation Liegnitzer Straße	2024/0276/A32
9	Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen	2024/0234/A60
10	Abrechnung von drei Durchführungsvereinbarungen mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern auf städtischen Objekten	2024/0228/A60
11	Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Sanierung der Entwässerungsrinne an der Zufahrt der Feuerwache Luisenstraße	2024/0238/A60
12	Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Parkettschleifarbeiten GGS Annapark	2024/0239/A60

TOP	Betreff	Vorlage
13	Energie- und Medienbericht 2024 der Stadt Alsdorf	2024/0240/A60
14	Bewirtschaftung der städtischen Gebäude durch die Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; Rechnungsergebnis im Jahr 2023	2024/0085/A60
15	Glasfaserausbau des Graue Flecken Programms durch die Städteregion Aachen im Stadtgebiet Alsdorf - Eigenbeteiligung im Rahmen des Förderprogramms	2024/0283/A66
16	Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf im Jahr 2025	2024/0244/A50
17	Anfragen und Mitteilungen	
18	Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen; hier: Antrag des Herrn Stefan Heffels vom 27.08.2024 zum Stadtexperiment Bahnhofstraße	2024/0269/A61

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2024/0237/A12
2	Bebauungsplangebiet Nr. 371 - Saarstraße; hier: Abrechnung des Treuhandkontos mit der Alsdorfer Bauland GmbH	2024/0225/A80
3	Erwerb eines Grundstücks zur zukünftigen Verwendung als ökologische Ausgleichfläche oder Tauschland	2024/0250/A80
4	Abschluss einer Besitzüberlassungsvereinbarung zwischen der Stadt Alsdorf und der Bundesrepublik Deutschland und Bewilligung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit	2024/0273/A80
5	Bewilligung von zwei beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten	2024/0277/A80
6	Neuwahl der Schiedsperson für den Bezirk Alsdorf II	2024/0236/A32
7	Abschluss einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Klimatisierung des Krisenstabraumes in der Feuer- und Rettungswache	2024/0216/A60

TOP	Betreff	Vorlage
8	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW; hier: Auftragsvergabe Los 3 Sicherheitsdienstleistung Flüchtlingsunterkunft Joseph-von-Fraunhoferstr. 6	2024/0242/A50
9	Anfragen und Mitteilungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie die beiden Nachträge zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 18: Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen;
 hier: Antrag des Herrn Stefan Heffels vom 27.08.2024 zum Stadtexperiment Bahnhofstraße

zu **erweitern**.

Die Erläuterungen zu

TOP 7: Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
 hier: Petition für mehr Verkehrsberuhigung in der Theodor-Seipp-Straße und der Aufstellung von Verkehrsspiegeln an der Ausfahrt der Toni-Baumanns-Straße in die Theodor-Seipp-Straße und an der Einfahrt von der Theodor-Seipp-Straße in die Elisabeth-Selbert-Straße

TOP 8: Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
 hier: Verkehrssituation Liegnitzer Straße

TOP 9: Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen

TOP 10: Abrechnung von drei Durchführungsvereinbarungen mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH;
 hier: Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern auf städtischen Objekten

TOP 11: Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH;

hier: Sanierung der Entwässerungsrinne an der Zufahrt der Feuerwache Luisenstraße

- TOP 12: Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH;
hier: Parkettschleifarbeiten GGS Annapark
- TOP 13: Energie- und Medienbericht 2024 der Stadt Alsdorf
- TOP 15: Glasfaserausbau des Graue Flecken Programms durch die Städteregion Aachen im Stadtgebiet Alsdorf - Eigenbeteiligung im Rahmen des Förderprogramms

wurden **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Die Erläuterungen zu

- TOP 5: Bewilligung von zwei beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten

wurden **nachgereicht**.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird **einstimmig** mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Frau Stv. Brandt, CDU-Fraktion, meldet zwei Anfragen für den öffentlichen Sitzungsteil an.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Hauptausschusses zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

Zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung

Herr Schmidt, Antragsteller zu TOP 8 öffentlich, äußert seinen Unmut über die Verkehrssituation in der Liegnitzer Straße. Seit dem Aufstellen der absoluten Halteverbotsschilder dürfen weder Anwohner/innen noch Handwerker/innen oder Anlieferer/innen dort halten beziehungsweise parken. Die Schülereltern halten jedoch noch immer rechtswidrig dort, sogar auf dem Bürgersteig. Zudem stehen dort auch regelmäßig Taxen. Dies sei sehr unbefriedigend und auch die Kontrollen des Ordnungsamtes seien zu unregelmäßig. Bisher haben auch keine Informationsveranstaltungen für die Eltern stattgefunden, die auf diese Problematik hinweisen, denn es gehe vordergründig um die Sicherheit der Schüler/innen. Dies wäre wünschenswert. Ob auch andere Möglichkeiten zur Lösung evaluiert worden seien, sei unbekannt. Dieses Problem werde sich zudem verschlimmern, wenn die Schule erweitert werde. Seines Erachtens müssten die Eltern jährlich, und auch bereits wenn die Kinder an der

Schule angemeldet werden, über diese Situation informiert werden. Es sei auch die Frage, aus welchem Grund eine Schule inmitten einer Siedlung erweitert werde. Alle Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, müssen durch die Siedlung fahren. Bring- und Holzonen einzurichten, wäre eine sinnvolle Überlegung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass bisher keine Besserung der Situation erfolgt sei. Man müsse auch vor einer (Bau-)Maßnahme darüber nachdenken, welche Folgen und Auswirkungen diese mit sich bringe. Auch Einzelgespräche mit der Verwaltung seien bisher ergebnislos verlaufen und aus diesem Grund sei der Bürgerantrag gestellt worden. Zudem stelle sich die Frage, wie das weitere Vorgehen nach der Weitergabe an den Ausschuss für Stadtentwicklung sei, also ob die Antragsteller/innen Informationen über die Beratung im Ausschuss erhalten. Für Jede/n solle eine akzeptable Lösung gefunden werden.

Frau Schmidt, ebenfalls Antragstellerin zu TOP 8 öffentlich, ergänzt, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass bei solchen Baumaßnahmen die in der Folge einschneidenden Auswirkungen auf das ganze Umfeld nicht berücksichtigt werden. Es gebe einige Optionen, um das Ganze für alle Beteiligten zu einer akzeptablen Lösung zu bringen. Man erwarte daher von Politik und Verwaltung eine zügige Behebung dieses Zustandes.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erklärt, dass dieses Problem der Verwaltung bekannt sei. Lösungsansätze seien zum Großteil mit der Anwohnerschaft abgestimmt worden. Die Lösungen innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen seien jedoch teilweise nicht wünschenswert. Es liege auch eine Umfrage des ADAC vor, dass die Elterntaxen ein bundesweites Problem darstellen. 30 % der Schüler/innen werden mit dem Auto zur Schule gebracht und zwar zu Stoßzeiten. Zum Thema Halteverbot teilt er mit, dass dennoch Personen verbotswidrig parken, das könne die Verwaltung jedoch nicht verhindern. Dieses Verbot gelte natürlich für Jede/n, sonst müsse ein eingeschränktes Halteverbot eingerichtet werden, oder eine Anliegerstraße. Diese würde jedoch das Problem nicht lösen, da die Eltern ihre Kinder zur Schule bringen und dadurch rechtlich als Anlieger/innen gelten. Es gebe zu viele Personen, die verbotswidrig fahren, das habe man auch beim Experiment „Sperrung der Bahnhofstraße“ gesehen. Es seien sehr viele Anzeigen geschrieben worden, für die Verkehrsteilnehmer/innen sei verbotswidriges Handeln jedoch scheinbar kein Problem. Auch Taxen dürfen bei einem Halteverbot nicht parken. Die Verwaltung weise die Schulen darauf hin, die Eltern zu sensibilisieren, dass die Kinder den Weg zur Schule laufen sollen. Viele Eltern sehen den Weg als sicher an, es werden jedoch oft terminliche Gründe für das Bringen mit dem Auto angegeben. Es gebe auch kaum eine Schule, bei der so oft kontrolliert werde, wie im Bereich der Liegnitzerstraße. Es seien viele Anzeigen geschrieben worden, aber man sei nicht in der Lage, dort permanent zu kontrollieren. Man habe die Hoffnung, dass durch die Anzeigen Lerneffekte erzielt werden. Dieses Problem werde zudem durch die Baustelle in der Pommernstraße verstärkt. Auch der eingerichtete Kiss- and Ride-Platz am Kreisverkehr verbessere die Situation nicht. Es werden einige Alternativen geboten, jedoch sei das Verkehrsverhalten nur bestimmt eingrenzbare. Man werde sich mit dieser Situation erneut beschäftigen, die einfachste Lösung sei jedoch, dass sich die Eltern/Großeltern an die Verkehrsordnung halten.

Herr Bürgermeister Sonders fügt hinzu, dass auch seit Jahren ein Schulbus von Kellersberg nach Ost fahre, was mehrere 10.000 € jährlich koste. Der kleine Kreisverkehr sei bei Erschließung des Neubaugebietes bewusst erstellt worden, damit Personen dort aussteigen können. In unmittelbarer Nähe gebe es zudem viele Parkplätze, am Tennisplatz, an der Schule selbst sowie am Gerhardt-Hauptmann-Platz. Er

selbst kenne diese chaotische Situation von der Broicher Siedlung. Man werde die Eltern seitens der Schule nochmals anschreiben. Die Sicherheit der Kinder sei oberste Priorität, aus diesem Grund sei das Halteverbot installiert worden. Kontrollen werden so oft wie möglich durchgeführt, aber irgendwann seien auch die Möglichkeiten, seitens der Stadt aktiv zu werden und Sachen zu veranlassen, ausgeschöpft. Die Schule sei an diesem Standort in den 90er Jahren gebaut worden und selbst als die Hauptschule noch ihren Schulbetrieb hatte, habe es diese Problematik nicht gegeben. Die Schülerzahlen haben sich seit den 90ern verringert und selbst wenn die Kapazität der Schule erhöht werde, erreiche man nicht die Zahlen, die es damals durch die Haupt- und Grundschule gegeben habe. Der Unterschied zu damals liege lediglich darin, dass die Mehrheit der Schüler/innen zu Fuß zur Schule gegangen und nicht so viele mit dem Auto gebracht worden seien. Dies sei ein Phänomen, was überall für Unmut Sorge, für das es jedoch keine Patentlösung gebe. Dies sei auch für die Verwaltung unangenehm, er lasse sich nicht gerne vorwerfen, nichts zu tun. Die Möglichkeiten der Verwaltung seien umgesetzt worden, man liege innerhalb der Gesetzgebung und der baulichen Optionen.

Frau Schmidt wendet ein, dass dieses erhöhte Verkehrsaufkommen nicht nur einmal am Tag sei, sondern mindestens fünfmal pro Tag auftrete.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass dies überall so sei. Die Situation werde sich ändern, wenn die Baustelle in der Pommernstraße beendet sei. Danach werde man sich die Situation vor Ort erneut ansehen. Die Verwaltung werde dem Wunsch nachkommen, die Eltern anzuschreiben und auf die diversen Parkmöglichkeiten sowie auf die Halteverbote hinzuweisen.

Herr Stiegen, Anwohner Liegnitzerstraße, äußert seinen Unmut darüber, dass sich der ganze Parkverkehr verlagert habe, von Hausnummer 1 – 9 zu den Hausnummern 9 – 21. Die Parknischen seien immer belegt, denn mittlerweile parken dort auch die Lehrkräfte. Einfahrten werden zugeparkt und wenn man die Personen anspreche, heiße es, dass man laut Ordnungsamt dort parken dürfe. Auch sei es nicht die Aufgabe der Anwohner/innen, die Personen auf ein Fehlverhalten aufmerksam zu machen. Die Anwohner/innen wissen nicht, wo sie parken sollen, oder Besuch beziehungsweise Handwerker/innen. Die Einfahrten werden von Autos mit eingeschalteten Warnblinkanlagen besetzt und die Anwohner/innen müssen schauen, wie oder wann sie aus ihrer Einfahrt herauskommen.

Herr Bürgermeister Sonders entgegnet, dass niemand in oder vor Einfahrten parken dürfe, auch nicht mit der „Erlaubnis des Ordnungsamtes“, dies sei eine Ausrede.

Herr Stiegen ergänzt, dass es auch bereits zu Unfällen gekommen sei. Er könne auch nicht die Aussage des Herrn Bürgermeister Sonders nachvollziehen, dass sich die Lage verbessere, wenn die Baustelle beendet sei. Schließlich werden durch die Erweiterung der Schule mehr Schüler/innen die Schule besuchen. Darüber hinaus fragt er, ob die Zuwegung, die an den Häusern vorbeilaufe, geschlossen werden könne.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen wendet ein, dass dies der sicherste Fußweg zur Schule sei. Den Weg zu schließen würde bedeuten, dass die Kinder über die normalen öffentlichen Verkehrsflächen zu schicken seien.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass dieser Weg bewusst so angelegt worden sei, damit die Kinder die letzten Meter sicher zur Schule gelangen.

Herr Stiegen erklärt, dass die Anwohnerschaft einfach unzufrieden sei.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass dies das Dilemma sei. Alle Maßnahmen, die an einer Stelle erlassen werden, fördern an anderer Stelle Zusatzbelastungen. Man bekomme den Verkehr nicht so reduziert, dass niemand mehr eine Belastung habe. Solange die Eltern ihr Kind bis vor die Schule fahren, werde es diese problematischen Zeiten geben. Deshalb müsse man auch versuchen, die Fußwege, auch von den im Umfeld liegenden Parkplätzen, sicher zu gestalten.

Herr Stiegen bittet darum, dass sich der Präsenzdienst die Parksituation vor den Haustüren anschau.

Herr Bürgermeister Sonders sagt diesem Wunsch zu.

Zu 3 Bericht der Verwaltung
2024/0235/A12
Entscheidung

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 4 Budgetbericht - Umsetzungsstand Haushalt 2024 Stand 30.06.2024
2024/0268/R1
Vorberatung

Herr Kämmerer Hafers erläutert die Vorlage. Grundlage für diesen Bericht sei der in der März-Sitzung beschlossene Haushalt. Im Ergebnis werde ein Defizit von 6,15 Millionen € erwartet. Unter der Berücksichtigung des globalen Minderaufwandes verbleibe im Jahresergebnis ein Defizit von circa 3 Millionen €, die durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage refinanziert werden sollen. Zum 30.06.2024 stelle sich die Entwicklung des Haushaltes so dar, dass auf der Ertragsseite eine Verbesserung von 419.066 € und auf der Aufwandsseite von 122.462 € erzielt worden sei, was insgesamt eine Verbesserung von 541.528 € ausmache. Demgegenüber stehen Verschlechterungen im Bereich der Finanzierungstätigkeiten von 172.670 €, sodass sich die Verbesserung auf 368.858 € belaufe. Dies bedeute, dass sich die globale Minderaufwendung auf 2,73 Millionen € reduziere. Zum Stand 30.06.2024 liege die Inanspruchnahme der Haushaltsrücklage bei 3,05 Millionen € und in der zweiten Jahreshälfte sei ein Betrag von 2,7 Millionen € zu kompensieren. Dies sei der globale Minderaufwand unter der Berücksichtigung der bisherigen Verbesserungen.

Empfehlungsbeschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt nimmt den Budgetbericht zum Umsetzungsstand des Haushalts 2024 zum Stand 30.06.2024 der Stadt Alsdorf zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im
1. Halbjahr 2024
2024/0267/A20
Vorberatung**

Frau Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach dem Stand der Heizungsanlage des VabW Ostring.

Frau Koppe, Stadtentwicklung Alsdorf GmbH (SEA) erklärt, dass diese zwar relativ alt, aber funktionsfähig sei. Eine Sanierung sei im Haushalt berücksichtigt, aber bisher weder kalkuliert noch auf den Weg gebracht worden.

Empfehlungsbeschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr des Haushaltsjahres 2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 15. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
2024/0223/A12
Vorberatung**

Herr Bürgermeister Sonders weist auf eine redaktionelle Änderung hin. Die Hauptsatzung werde am 01.10.2024 inkrafttreten.

Empfehlungsbeschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die 15. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008 in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung unter Berücksichtigung, dass diese am 01.10.2024 in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 7 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung
für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
hier: Petition für mehr Verkehrsberuhigung in der Theodor-Seipp-Straße und
der Aufstellung von Verkehrsspiegeln an der Ausfahrt der Toni-
Baumanns-Straße in die Theodor-Seipp-Straße und an der Einfahrt
von der Theodor-Seipp-Straße in die Elisabeth-Selbert-Straße
2024/0245/A32
Entscheidung**

Herr Erster Beigeordneter Kahlen führt aus, dass die eingegangenen Vorschläge der Anwohnerschaft überprüft werden. Die Anbringung von Spiegeln sei leicht umzusetzen, in Bezug auf anzubringende Fahrbahnschwellen zur Verkehrsberuhigung erklärt er, dass sich bereits Anwohner/innen an anderer Stelle über auftretende Schwingungen beim Befahren der Schwellen beschwert haben. Dies müsse im Rahmen der Verkehrssicherheit beobachtet werden.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, begrüßt den Bürgerantrag. Er sei froh, dass diese Thematik im Ausschuss für Stadtentwicklung näher geprüft werden solle und er hoffe, dass vernünftige Lösungen gefunden werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in eine der nächsten Sitzungen des zuständigen Ausschusses für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung
für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);**

hier: Verkehrssituation Liegnitzer Straße

2024/0276/A32

Entscheidung

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass sie selbst ein Kind auf dieser Schule habe. Selbstverständlich müsse diese Thematik an den Ausschuss für Stadtentwicklung verwiesen werden, die Autos parken auf dem Bürgersteig sowie vor oder in den Einfahrten. Diese Situation sei auch Thema auf der Klassenpflegschaft, es gebe genügend Eltern, die sich über diese Situation beschwerten. Sie selbst habe mit Eltern über die Einführung eines „Fußtaxis“, vom Gerhardt-Hauptmann-Platz aus, gesprochen. Dies befürworteten viele Eltern und wenn sie wissen, dass die Kinder von dort sicher zur Schule gelangen, würden sie dieses Konzept gerne nutzen. Es werde jedoch immer Eltern geben, die sich nicht daran halten. Man könne eng mit dem Förderverein oder der Elternpflegschaft zusammenarbeiten, solche Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Der von Herrn Bürgermeister Sonders angesprochene Schulbus aus Kellersberg sei auch eine gute Möglichkeit. Auf lange Sicht solle der Feldweg hinter der Schule als offizieller Schulweg deklariert werden. Es sei für die Schüler/innen schön, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Einführung eines Fuß-Taxis – er kenne das als Walking-Bus. Dieses gebe es in Alsdorf bereits an anderen Schulen und die Eltern organisieren dies untereinander beziehungsweise auch über die Schulpflegschaft oder den Förderverein. Den Feldweg müsse man sich anschauen. Er schlägt vor, dies im Rahmen der Beendigung der Schulbaumaßnahme durchzuführen und dann zu überlegen, wie der Weg sicherer gestaltet werden könne. Es liege aber auch im Ermessen der Eltern, einen Beitrag zu leisten. Die Eltern stehen als erstes in der Pflicht, ihr Kind sicher zur Schule zu bringen und das nicht immer mit dem Auto.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in eine der nächsten Sitzungen des zuständigen Ausschusses für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Sachstandsbericht der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zu laufenden und noch durchzuführenden Maßnahmen

2024/0234/A60

Entscheidung

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt den Sachstandsbericht der SEA – Stadtentwicklung Alsdorf GmbH zur Kenntnis (**Anlage**).

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 10 Abrechnung von drei Durchführungsvereinbarungen mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern auf städtischen Objekten

2024/0228/A60

Entscheidung

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt die Abrechnungsunterlagen zu den Durchführungsvereinbarungen 05/2023 bis 07/2023 für die Installation von Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern auf drei städtischen Objekten zur Kenntnis (**Anlage**).

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 11 Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Sanierung der Entwässerungsrinne an der Zufahrt der Feuerwache Luisenstraße

2024/0238/A60

Entscheidung

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt die Abrechnungsunterlagen zur Durchführungsvereinbarung 09/2023 – Sanierung der Entwässerungsrinne an der Zufahrt der Feuerwache Luisenstraße zur Kenntnis (**Anlage**).

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 12 Abrechnung einer Durchführungsvereinbarung mit der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; hier: Parkettschleifarbeiten GGS Annapark
2024/0239/A60
Entscheidung

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt die Abrechnungsunterlagen zur Durchführungsvereinbarung 05/2024 – Parkettschleifarbeiten GGS Annapark zur Kenntnis (**Anlage**).

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 13 Energie- und Medienbericht 2024 der Stadt Alsdorf
2024/0240/A60
Entscheidung

Herr Steffen, Stadtwerke Alsdorf GmbH (SWA), stellt den Energie- und Medienbericht anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Dieser ist als **Anlage** beigelegt.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bedankt sich für den interessanten Vortrag. Er äußert jedoch seinen Unmut darüber, dass der vollständige Bericht erst am Vortrag per Mail eingegangen sei. Er hätte sich gerne mit den einzelnen Gebäuden intensiver beschäftigt und bittet darum, den kompletten Energie- und Medienbericht im nächsten Jahr früher zur Verfügung zu stellen. Es sei schon einiges auf einem guten Weg, er stelle jedoch fest, dass bei vielen städtischen Gebäuden fossile Heizungen, vor allem Gas, vorhanden seien. Er denkt, dass in den nächsten Jahren sowohl ökonomisch als auch klimatechnisch einiges zu ändern sei. Interessant wäre auch, wenn die einzelnen Verbräuche und Entwicklungen mit den jeweiligen Kosten gegenübergestellt werden, um die Relation zu sehen. Er bedankt sich und hofft auf weitere gute Arbeit.

Herr Bürgermeister Sonders schließt sich dem Dank an. Die Verbräuche zeigen deutlich, dass sich die Investitionen in die Gebäudeinfrastrukturen, Sanierungen und Dämmungen gelohnt haben. Dieser Weg solle konsequent weiter beschritten werden, auch wenn Dissens darüber bestehe, welche Heizungsart genutzt werde. Dass man in den vergangenen Jahren so gut vorangekommen sei, sei der Einführung des Energie- und Medienberichtes sowie der guten Zusammenarbeit zwischen Herrn Steffen, den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung und der Stadtentwicklung zu verdanken. Er bedankt sich bei allen Beteiligten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt den Alsdorfer Energie- und Medienbericht zur Kenntnis und beauftragt die Stadtentwicklung Alsdorf GmbH mit seiner weiteren Fortschreibung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 14 Bewirtschaftung der städtischen Gebäude durch die Stadtentwicklung Alsdorf GmbH; Rechnungsergebnis im Jahr 2023
2024/0085/A60
Kenntnisnahme

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt das Rechnungsergebnis der Stadtentwicklung Alsdorf GmbH für das Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 15 Glasfaserausbau des Graue Flecken Programms durch die Städteregion Aachen im Stadtgebiet Alsdorf - Eigenbeteiligung im Rahmen des Förderprogramms
2024/0283/A66
Entscheidung

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass nach Beendigung der Arbeit der Telekom 90% der Alsdorfer Haushalte gigabitfähige Anschlüsse haben werden, der Rest werde 250 Mbit/s erreichen. Die hier vorgeschlagenen Ortsteile in Alsdorf werden durch einen normalen Telekommunikationsanbieter aufgrund ihrer Lage nie angeschlossen. Aus diesem Grund sollen diese in das Graue Flecken Programm aufgenommen werden, auch wenn erstmalig hierfür ein Eigenanteil erbracht werden müsse. Ein Teil der Kosten werde aus dem Anteil des Eigenbetriebes gezahlt, da auch zwei Kläranlagen betroffen seien. Bei jeder Ausschreibungsphase bestehe die Möglichkeit, auszusteigen.

Frau Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt, wie der Stand des Glasfasernetzausbaus in der Hubertusstraße sei.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass Anschlussmöglichkeiten vorhanden seien. In einzelnen Stadtteilen gebe es aber möglicherweise nur eine/n Anbieter/in.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert seinen Unmut zu diesem Punkt bei der derzeitigen Haushaltssituation. Hier solle für 98 Alsdorfer Adressen ein Eigenanteil von 400.000 € bereitgestellt werden. Dies könne die GRÜNE-Fraktion so nicht mittragen und werde sich daher bei diesem Punkt der Stimme enthalten. Er fragt, welche Randlagen betroffen seien und ob es nicht eine andere Anschlussmöglichkeit gebe.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass Neuweiler angeschlossen werden solle sowie die beiden Kläranlagen. Auf diese beiden entfalle die Hälfte des Betrages, man benötige diese Verbindung dort, da die Anlagen technisch digitalisiert worden seien. Aus diesem Grund sei die Investition aus Sicht des Eigenbetriebes unverzichtbar, da sonst der Betrieb gefährdet werden könnte.

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, bittet um Mitteilung, weshalb in der Vorlage nicht vermerkt sei, dass der Anschluss aufgrund der Technik benötigt werde.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass dies nun mündlich erfolgt sei. Jede/r Ein-

wohner/in sei dazu berechtigt, einen Internetanschluss zu haben und diesen nicht bereitzustellen aufgrund der Tatsache, selbst einen Beitrag leisten zu müssen, sei nicht gerecht. Durch diesen Anschluss sei das gesamte Stadtgebiet versorgt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, dass die Stadt Alsdorf an dem interkommunalen Projekt unter Koordination der StädteRegion Aachen im Zuge des Graue Flecken-Programms / der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (Fassung vom 30.04.2024) für das Gebiet der Stadt Alsdorf teilnimmt.

Im Zuge dessen sollen auch für das Gebiet der Stadt Alsdorf seitens der StädteRegion Aachen Mittel zum geförderten Infrastrukturausbau der förderfähigen Adressen im Stadtgebiet beantragt werden.

Die Stadt Alsdorf erklärt ihre Bereitschaft und Fähigkeit, einen Eigenanteil bis zu einer Summe von 400.000 € zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 2 Enthaltungen)

Zu 16 Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf im Jahr 2025
2024/0244/A50
Vorberatung

Herr Dezernent Krämer führt aus, dass man gemäß § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz dazu verpflichtet sei, 3,83% der monatlichen pauschalierten Landeszuweisung für die soziale Betreuung zu verwenden. Mittlerweile habe es sich ergeben, dass ein Maßnahmenträger Spendengelder zur Deckung einsetzen möchte. Das durch die Träger eingebrachte Angebot könne somit ohne Kürzungen angenommen werden.

Empfehlungsbeschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf bis max. 31.12.2025 zu und beauftragt die Verwaltung, den Eigenanteil in Höhe von 170.000 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 1 Enthaltung)

Zu 17 Anfragen und Mitteilungen

Anfragen der Frau Stv. Brandt, CDU-Fraktion, zu

1.) Vakante Stellen im A 50 – Sozialamt

Frau Stv. Brandt bittet um den aktuellen Sachstand in Bezug auf die vakante Leitungsstelle und der zwei nichtbesetzten Stellen im Bereich Grundsicherung.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen teilt mit, dass es für die Amtsleiterstelle sieben qualifizierte Bewerber/innen gebe, von denen sechs am 02.10.2024 zu einem Vor-

stellungsgespräch eingeladen worden seien. Man sei optimistisch, diese Stelle in Kürze zu besetzen. Die beiden anderen Stellen seien ausgeschrieben worden.

2.) Annabad

Frau Stv. Brand bezieht sich auf einige Defekte im Annabad: Der Kassenautomat sei aus der Wand rausgezogen und es müsse eine Mitarbeiterin vor Ort sein, da teilweise der Ausgang mit dem Coin nicht funktioniere. Darüber hinaus sei aufgefallen, dass die Damenduschen entweder durchlaufen oder nur kurz angehen und auch einige Spinde defekt seien. Sie bittet um den aktuellen Sachstand hierzu.

Herr Dezernent Krämer führt aus, dass diese Problemstellungen bekannt seien. Der Kassenautomat werde zeitnah fest installiert, die Programmierung habe etwas länger gedauert. Da man sich noch in der Gewährleistungsphase befinde, seien auch Meldewege einzuhalten. Dass Spinde defekt seien, sei ihm nicht bekannt, dieser Sache werde aber nachgegangen. Dieses Projekt laufe sehr gut an und man versuche alles, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

**Zu 18 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung
für das Land Nordrhein-Westfalen;
hier: Antrag des Herrn Stefan Heffels vom 27.08.2024 zum Stadtexperiment
Bahnhofstraße
2024/0269/A61
Entscheidung**

Herr Bürgermeister Sonders schlägt seitens der Verwaltung vor, im Oktober eine Veranstaltung durchzuführen, bei der auch das Gespräch mit den Einzelhändlern gesucht werde, um ein abschließendes Fazit ziehen zu können. Bis dahin seien noch verschiedene Dinge zu bewerten. Im Anschluss könne das Gesamtthema zum Jahresende im Fachausschuss beraten werden.

Herr Stv. Heidenreich teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Er bedankt sich zudem im Namen der GRÜNE-Fraktion bei Herrn Heffels für seine konstruktiven Vorschläge. Anders als Beiträge in der Tageszeitung, die dieses Experiment abgewertet haben, habe Herr Heffels sich ausführliche Gedanken über diese Situation gemacht und Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Es seien nicht nur Geschäftsleute, die mit dem Durchfahrtsverbot nicht einverstanden gewesen seien, in seine Beobachtungen mit einbezogen worden, sondern auch Personen, die Vorteile gesehen haben. Er benennt Aspekte, die von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrer/innen in Bezug auf die Sicherheit und Aufenthaltsqualität geäußert worden seien. Herr Stv. Heidenreich begrüßt, dass bei der Veranstaltung nicht nur das Gespräch mit den Geschäftsleuten, sondern auch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, mit Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Fußgängerinnen und Fußgängern gesucht werde. Hier könne jede/r seine Meinung äußern. Er sei auf die weiteren Beratungen im Fachausschuss gespannt.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass es ihm selbst wichtig sei, verschiedene Meinungen zu diesem Experiment zu hören. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung werde zu gegebener Zeit verschickt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung und

Beschlussfassung in eine der nächsten Sitzungen des zuständigen Ausschusses für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

gez. Sonders
Bürgermeister (Vorsitz)

gez. Esser
Schriftführerin